



Interviews

Übernahme der Credit Suisse: Auswirkungen für das deutsche Bankensystem?

Stefan Heinlein im Gespräch mit Jens Spahn, stellvertretender Vorsitzender der Unions-Bundestagsfraktion

"Informationen am Morgen", 21.3.2023, 7:15 Uhr

Stefan Heinlein: Am Telefon ist nun der stellvertretende Unions-Fraktionsvorsitzende Jens Spahn (CDU). Guten Morgen, Herr Spahn!

Jens Spahn: Schönen guten Morgen, Herr Heinlein!

Heinlein: Sie sind von Hause aus gelernter Bankkaufmann. Welches Bild hatten Sie damals als Lehrling, Ende der 90er-Jahre, von den Schweizer Banken?

Spahn: Sie müssen eins sehen, Herr Heinlein: Ich habe meine Ausbildung und meine erste Zeit bei der Westdeutschen Landesbank, der WestLB gemacht. Die war zu meiner Zeit eine der größten Banken in Deutschland und in Europa und ist dann innerhalb kurzer Zeit in große Probleme gekommen, abgewickelt worden; die gibt es heute gar nicht mehr. Und deswegen eine wichtige Lehre, die ich von damals mitgenommen habe: Es kann viel, nahezu alles schnell passieren, wenn man nicht mit der nötigen Aufmerksamkeit, mit der nötigen Ruhe, aber auch Entschlossenheit in einer solchen Finanzkrise vorgeht.

Heinlein: Eine Lehre bei einer Krisenbank, bei der WestLB damals. – Haben Sie damals neidvoll auf die Schweiz, auf die UBS, auf die Credit Suisse geblickt und gesehen, das ist ein Hort der Stabilität und der Sicherheit, die Schweiz, das Schweizer Bankensystem?

Spahn: Grundsätzlich haben wir ja die Vorstellung von der Schweiz als Hort der Sicherheit, gerade was Banken angeht, und von Stabilität. Man muss auch anerkennen: Die Schweizer Behörden und die Regierung haben das schnell gelöst übers Wochenende durch ein entsprechendes Zusammengehen der Banken. Aber es zeigt auch, man muss schon immer auch genau hinschauen, damit Vertrauen erhalten bleibt, sobald es krisenhaft wird. Es gab ja Gerüchte über die Refinanzierung bei der Credit Suisse. Einer der großen Investoren hat durch ein, zwei Aussagen Zweifel an der Stabilität der Bank gesät und daraus ist dann das entstanden. Es ist für mich das Entscheidende gerade: Es geht darum, Vertrauen zu stärken, dass die Bundesregierung, dass die Regierungen in Europa, auf der Welt jetzt das Vertrauen stärken, dass sie zusammenarbeiten, dass sie einheitlich kommunizieren. Klingt selbstverständlich, aber wir erleben seit Monaten, dass der Wirtschafts- und Finanzminister jeden Tag das Gegenteil voneinander sagen. Das muss unbedingt in dieser Krise anders sein.

Heinlein: Ein Hauptgrund, so ist jetzt zu lesen, für die Turbulenzen bei Credit Suisse ist die Raffgier der Investmentbanker, die Raffgier der Manager. Eine unvorstellbare Zahl: 32 Milliarden Euro an Boni wurden in den letzten Jahren ausgeschüttet. Ist das unsittlich?

Spahn: Die Höhe mancher Boni, die gezahlt werden, gerade im Finanzsektor, ist aus meiner Sicht nicht angemessen. Das ist eine Diskussion, die es schon länger gibt, gerade in Krisenzeiten immer wieder gibt. Deswegen finde ich in solchen Bereichen eine hohe Besteuerung auch sehr, sehr okay, und zwar nicht nur für die, die die Boni erhalten, sondern auch für die, die sie auszahlen. Gleichwohl, Herr Heinlein, das ist jetzt nicht das Kernproblem hier in diesem Fall, sondern Ausgangspunkt ist ja eine Niedrigzins-, eine Nullzinspolitik über viele, viele Jahre. Geld hat nichts gekostet. Jetzt wird richtigerweise in Zeiten gestiegener Inflation es anders auf den Zinsmärkten. Die Zinsen steigen. Die Zentralbanken erhöhen die Zinsen und das führt dann zu Auswirkungen für die Banken, die sich refinanzieren müssen, die Geld ausgeliehen haben, möglicherweise über längere Zeiträume für niedrige Zinsen und jetzt sich refinanzieren müssen, Geld besorgen müssen für höhere. Das wichtige ist, Kernproblem ist die hohe Inflation. Sie ist ein riesen Problem für die Menschen, die weniger Wohlstand und Einkommen haben, die an Wohlstand verlieren. Sie ist aber auch ein Problem für die Finanzmärkte, und ich finde, wir reden viel zu wenig in Deutschland in Zeiten von Rekordinflation über das, was das eigentlich bedeutet.

Heinlein: Nun fragen sich viele Anleger, viele Kunden besorgt: Wenn schon Schweizer Banken jetzt ins Wanken geraten, wie wackelig ist insgesamt das internationale System, das internationale Bankensystem, das Finanzsystem? Sie haben es gerade schon ein wenig angesprochen.

Spahn: Insgesamt sind gerade auch in Europa in den letzten Jahren – das ist auch im Beitrag deutlich geworden – die Eigenkapitalanforderungen erhöht worden. Die Banken sind insgesamt robuster, das System widerstandsfähiger, auch die Bankenaufsicht besser. Gleichwohl ist es jetzt wichtig, mit hoher Aufmerksamkeit, mit aufmerksamer Achtsamkeit auch übrigens kommunikativ hier vorzugehen. Sie sehen ja gerade bei der Credit Suisse, wie dann die falsche Kommunikation, ein, zwei Meldungen viel auslösen können. Ich würde sagen, alles in allem gibt es eine hohe Robustheit, aber wir sehen auch, dass in der hohen Inflation und in der Folge in den steigenden Zinsen - - Übrigens was ja jetzt passiert: Jetzt fangen ja die Banken an, noch vorsichtiger Kredite auszugeben an die Wirtschaft. Die Zinsen steigen und die Bereitschaft, Kredite auszugeben, wird jetzt durch diese Unsicherheit noch mal weiter sinken. Das ist dann die Gefahr einer Doppelkrise für die Wirtschaft. Hohe Energiepreise und jetzt Verunsicherung an den Kreditmärkten, wo wir gerade in Deutschland sehr, sehr aufpassen müssen, dass wir wirtschaftlich stark bleiben. Insgesamt ist es robust, aber ich empfehle hohe Achtsamkeit.

Heinlein: Wir sind noch nicht über den Berg, Herr Spahn, wenn ich Sie richtig verstehe.

Spahn: Der Berg ist eher höher geworden. Das ist das Problem.

Heinlein: Der Aufstieg und der Abstieg oder auf dem Gipfel bleiben, das wird schwierig. Aber der Kanzler und auch der Finanzminister, die waren gestern betont gelassen. Es gäbe keine Gefahr für das deutsche Bankensystem. Das sei gut aufgestellt, solide. Vor dem Hintergrund, was Sie gerade geschildert haben: Redet da der Kanzler und sein Finanzminister die Situation schön, die Gefahren klein?

Spahn: Grundsätzlich finde ich es richtig, dass der Kanzler, der Finanzminister hier einheitlich kommunizieren, auch Risiken einordnen. Und wie gesagt, es ist objektiv so, dass es höheres Eigenkapital gibt als in der letzten Krise, dass es eine bessere Bankenaufsicht gibt. Aber gleichzeitig muss man dann auch in anderen Bereichen der Finanz- und Wirtschaftspolitik Vertrauen stärken. Da geht es um den Stabilitäts- und Wachstumspakt zum Beispiel in Europa, der gerade in Frage gestellt wird, dass noch mehr Schulden gemacht werden können, wo ich mir sehr wünsche, dass die Bundesregierung klar ist. Da geht es darum, Vertrauen zu stärken in den Standort Deutschland, für Unternehmen in Deutschland, die wie gesagt gerade von allen Seiten, hohe Inflation, hohe Energiepreise, Verunsicherung bei den Konsumenten und jetzt noch Unsicherheiten auf den Kreditmärkten, unter Probleme kommen. Umso wichtiger wäre es, sie insgesamt zu stärken, über das Steuerrecht, über Abbau von Bürokratie ihnen eine Verlässlichkeit zu geben. Das ist wichtig. Es geht um mehr als nur die Frage, jetzt Ruhe in die Finanzmärkte zu bringen. Der Standort Deutschland braucht Verlässlichkeit.

Heinlein: Herr Spahn, ich komme noch mal zurück auf Ihre Vergangenheit, denn vor Ihrer Zeit als Bundesgesundheitsminister waren Sie drei Jahre lang bis 2018 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. Damals gab es noch die Ausläufer der Weltfinanzkrise und den Höhepunkt der griechischen Staatsschuldenkrise. Wenn Sie damals mit heute vergleichen, sehen Sie Parallelen?

Spahn: Ich sehe jedenfalls ein Problem, das wir damals schon diskutiert haben, das noch nicht gelöst ist. Das ist die Eigenkapitalunterlegung für Staatsanleihen. Das heißt, Banken müssen in ihrem Portfolio, wenn sie Staatsanleihen halten, dafür kein Eigenkapital reservieren. Das ist bei anderen Krediten anders, weil es immer hieß, Staatsanleihen, das ist doch alles super sicher. Jetzt sehen wir, es sind die Staatsanleihen, die jetzt, weil die Zinsen gestiegen sind und dann hat man Staatsanleihen in seiner Bilanz, die noch niedriger verzinst sind. Das heißt, die Staatsanleihen verlieren an Wert, an Buchwert erst mal. Das ist Auslöser auch der Probleme bei der Silicon Valley Bank gewesen. Man muss entsprechend runterwerten, kommt unter Stress, muss sich refinanzieren, und auf einmal sieht man, Staatsanleihen, die so super sicher wirken, können in diesen Zeiten von hoher Inflation und steigender Zinsen dann auch zu Problemen führen. Ich würde mir wünschen, dass auch Staatsanleihen mit Eigenkapital unterlegt werden müssen, weil auch sie ein Risiko bedeuten.

Ein Gedanke noch: Ich bin gerade zufällig in Athen in Griechenland auf einem Austausch hier mit der Regierung und der Politik. Man sieht einfach, Griechenland hat viel reformiert, hat viel verändert in den letzten Jahren, hat wirtschaftliches Wachstum, hat seine Verschuldung runtergebracht. Es ist schon auch was passiert in den letzten Jahren, um insgesamt zu mehr Stabilität zu kommen.

Heinlein: Griechenland hat gelernt. Lob aus Berlin für Athen. Hat denn auch die deutsche Politik die richtigen Lehren gezogen aus den damaligen Krisen, oder muss sich die Politik, muss sich die Regierung noch mehr trauen – Sie haben es angesprochen, Stichwort Eigenkapitalabsicherung -, die Banken stärker an die Kandare zu nehmen?

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Spahn: Was sich nicht nur die Bundesregierung, sondern wir in der Euro-Zone, in der Europäischen Union uns trauen müssen ist, tatsächlich eine Eigenkapitalunterlegung für Staatsanleihen, auch Klumpenrisiken bei Staatsanleihen, diese Verknüpfung, dass man vor allem nur Staatsanleihen des eigenen Staates hält und davon ganz viele. Das ist ein Problem.

Ja, es ist viel passiert bei der Bankenregulierung, bei der Finanzaufsicht, bei der Eigenkapitalausstattung, aber wir haben auch noch zwei, drei Baustellen, auch in Europa, die wir angehen sollten, nicht nur aus dieser Krise heraus – wie gesagt, grundsätzlich gibt es da eine Stabilität, größer jedenfalls in Europa als woanders -, aber auch, weil wir sehen, dass manche Annahmen, Staatsanleihen sind nie ein Problem, nicht stimmen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.